

Tag der Pflege

Der internationale Tag der Pflege am 12. Mai soll die Arbeit der Beschäftigten in der Pflege würdigen und wertschätzen.

Die Situation in der Pflege

Die derzeitige Situation in der Pflege ist gekennzeichnet durch wachsenden Personalmangel und steigende Unzufriedenheit der Beschäftigten und damit auch der Patientinnen und Patienten/Bewohnerinnen und Bewohner. Die Arbeitsbelastung wird für viele Pflegenden immer unerträglicher, so dass viele in Teilzeit gehen oder ganz aus dem Beruf aussteigen. Deshalb fordern wir:



- Verkürzung der Wochenarbeitszeit,
- Verlässlichkeit der Dienstpläne und Urlaubsplanungen,
- Gesundheitsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- Verbesserung der Ausbildung und Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze,
- keine Privatisierung von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen,
- Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer solidarischen Pflegegarantie.

Die Situation älterer Menschen

Um dem Wunsch des Großteils der älter werdenden Bevölkerung nach einem würdevollen und sozial gesicherten Verbleib sowie der Integration in die gewohnte Umgebung zu entsprechen, brauchen wir eine ausreichende ambulante Versorgung. Das ergänzende Konzept der „Gemeindepflege“ nimmt mit Fachkräften bei ihren Hausbesuchen beispielsweise die soziale Situation, gesundheitliche und hauswirtschaftliche Versorgung und die individuelle Wohnsituation in den Blick. Bei Bedarf informieren sie über alltagsbegleitende Angebote, passende Hilfen bzw. Dienstleistungen und vermitteln sie. Diese Kümmererstruktur setzt niedrigschwellig an und soll die Unterbringung in stationäre Einrichtungen möglichst weit hinausschieben, bestenfalls verhindern.

Pflichtaufgabe der Kommunen: Die Sicherstellung der Pflegeinfrastruktur

Die Sicherstellung der Pflege muss zur Pflichtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge gemacht werden, damit die Kommunen eine flächendeckende und bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur sicherstellen.

Die Kommunen entscheiden bisher im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts wie und welche Aufgaben sie in eigener Verantwortung regeln. Wenn die Kommune hoch verschuldet ist, darf sie „freiwillige Leistungen“ (wie z. B. die Gemeindepflege) oft nicht mehr finanzieren. Mit der Verpflichtung zu Sicherstellung kann der bisher fehlende Handlungsdruck auf die Kommunen ausgeübt und die Herstellung angemessener Lebensverhältnisse angegangen werden. Bundesweit muss dazu die Finanzierung der Pflegeleistungen reformiert und abgesichert werden.

Die Gewerkschaft ver.di arbeitet im „Bündnis Pflege“ mit, zu dem u. a. auch der Sozialverband VdK gehört, um die gesundheitliche Versorgung insgesamt und insbesondere der älteren Menschen zu verbessern. Gemeinsam rufen wir zu einem Aktionstag auf am:

Dienstag, 12. Mai 2026 ab 15:00 Uhr auf dem Ludwigsplatz in Darmstadt

mit Rollstuhl- und Blindenparcours, Alterssimulationsanzug GERT und Ansprachen.

Verantwortlich: Karin Harder, ver.di Bezirk Südhessen, Friedberger Str. 25, 64289 Darmstadt.